



öffentlich

Betreff:

Austritt aus dem VKU

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 10.02.2015

Eingang 922: 10.02.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.03.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, darauf hin zu wirken, dass die Stadtwerke Potsdam mit ihren Unternehmen aus dem VKU austreten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit einem solchen Schritt soll mit Nachdruck auf die geplante Besetzung der Stelle der Hauptgeschäftsführerin/des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes des VKU mit der Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche reagiert werden.

Die Besetzung der wichtigen Stelle der Hauptgeschäftsführerin/des Hauptgeschäftsführers des VKU mit der Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin Katherina Reiche hat zu großem Unverständnis und einem breiten öffentlichen Protest geführt.

Diese Personalentscheidung steht nicht nur im Widerspruch zu der kürzlich eingeführten Karenzregelung für Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre. Vielmehr ergibt sich bei dieser parteipolitisch geprägten Entscheidung die Frage nach der fachlichen und persönlichen Eignung zur Vertretung der Interessen der kommunalen Unternehmen. Frau Reiche hat sich bisher eher in eine andere Richtung, also gegen günstige Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen, engagiert. Da eine Interessenvertretung für die Stadtwerke Potsdam in dieser Konstellation nicht zu erwarten ist, sollten die SWP aus dem VKU austreten.